

FRAGEN AN DIE POLITIK



14

In der Rubrik »Fragen an die Politik« haben Vertreter der Bau- und Immobilienbranche die Möglichkeit, konkrete Fragen an Politiker zu formulieren. In der aktuellen Folge kommt Michaela Ragoßnig-Angst, Geschäftsführerin der Vermessung Angst ZT GmbH, zu Wort. Gerichtet wurde die Frage an Finanzminister Hans Jörg Schelling.

THEMA: LOHNNEBENKOSTEN

01 **Michaela Ragoßnig-Angst,** Geschäftsführerin der Vermessung Angst ZT GmbH und Vorsitzende der Ingenieurkonsulenten der ZT-Kammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland

Die Lohnnebenkosten betragen fast 50 % vom Bruttolohn, in Bezug auf das Anwesenheitsentgelt sogar zwischen 90 und 100 %. Seit Jahren wird den Unternehmen versprochen, diese zu senken, damit Österreich im internationalen Umfeld konkurrenzfähig bleibt. Es gilt die Investitionsschwäche und die steigenden Arbeitslosenzahlen aufzufangen. In den Jahren 2014 und 2015 betrafen die Senkungen gerade einmal 0,1 % auf die Unfallversicherung und 0,1 % auf den Zuschlag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds. Wann ist mit einer ernsthaften Entlastung des Faktors Arbeit zu rechnen?

**02 Hans Jörg Schelling,
Finanzminister**

Österreich braucht Unternehmerinnen und Unternehmer wie Sie – das steht außer Frage. Vor allem Klein- und Mittelunternehmen erbringen einen großen Teil der Wertschöpfung in Österreich und stehen für Wachstum und Beschäftigung. Aktive KMU-Politik ist daher der Motor für mehr Wohlstand im ganzen Land. Unser Ziel ist, gerechte und faire Rahmenbedingungen zu schaffen, die Unternehmen zu entlasten und auch sogenannte unternehmerische Kompetenz bei jungen Menschen bestmöglich zu fördern.

Mit der Tarifreform in der Höhe von 5,2 Milliarden werden nicht nur alle Steuerzahler entlastet, sondern auch ein erster Schritt zur Vereinfachung des Steuersystems gesetzt. Das kann aber nur der Anfang gewesen sein. Jetzt geht es um die Attraktivierung des Standortes und darum, Österreich wieder an die Spitze zu bringen.

Bereits zum 1. Jänner 2014 wurde der Beitrag zur Unfallversicherung gesenkt. Zum 1. Jänner 2015 folgte eine Senkung des Beitrags zum Insolvenz-Entgelt-Fonds. Auch in Zukunft braucht es eine Senkung der Arbeitszusatzkosten, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes steigern und Österreichs international gute Position weiter stärken zu können. Ich denke dabei an eine Senkung der Lohnnebenkosten von jeweils einer Milliarde Euro in den Jahren 2017 und 2018.

Wir haben noch viel vor. Bei den entwickelten Maßnahmen im Zuge der Steuerreform handelt es sich teilweise auch um einen politischen Kompromiss, den wir eingegangen sind, um vor allem Eigentumssteuern und Vermögensteuern in der Höhe von über zwei Milliarden zu verhindern. Diese neuen Steuern hätten vor allem auch KMUs mit voller Härte getroffen und unseren Standort auf Dauer massiv geschädigt.